

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Anke Brunn MdL, Stellvertretende Vorsitzende und familienpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen, wirft den Unions-regierten Ländern Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz Heuchelei in der Familienpolitik vor.

Seite 1/2

Harald B. Schäfer MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Reaktorsicherheit und Strahlenschutz im Bundestagsinnenausschuß, nimmt Stellung zur notwendigen Qualifikation von Schichtleitern in Kernkraftwerken.

Seite 3/4

Klaus Matthiesen MdL, Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, greift Ministerpräsident Stoltenberg wegen dessen Gesetzentwurf zur Wahlrechtsänderung an.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

34. Jahrgang / 175

12. September 1979

Familienpolitik statt Bevölkerungspolitik

-----  
NRW fördert nicht Geburten, sondern die Geborenen

Von Anke Brunn MdL

Stellvertretende Vorsitzende und familienpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalens

Wenn die CDU/CSU von Familienpolitik spricht, so meint sie in Wirklichkeit Bevölkerungspolitik. Mit ihren Schwerpunkten Geburtenprämien und Familiendarlehen zum "Abkindern" betreibt sie eine Anreizpolitik ausschließlich zur Geburtenförderung.

Wir Sozialdemokraten hingegen wollen, daß sich die Bürger verantwortungsbewußt selbst entscheiden, ob und wieviele Kinder sie haben wollen. Den Kindern, die geboren werden, wollen wir eine kinderfreundliche Umwelt schaffen. Denn eine kinderfreundliche Umwelt ist die beste Voraussetzung dafür, daß Eltern gern Kinder haben. Deshalb betreiben wir eine Familienpolitik, die den Geborenen eine gedeihliche Entwicklung sichert und ihren Eltern bei der Erziehung der Kinder die Hilfen gibt, die sie nötig haben.

Ein Ländervergleich familienbezogener Leistungen macht dies besonders deutlich: NRW als größtes Bundesland gibt für die Familien auch am meisten aus. Von der Familienferienstätte über Beratungsstellen, Familienerholung bis hin zu Kindertagesstätten: 427,20 Millionen DM im Jahre 1979.

Auch pro Kopf der Bevölkerung umgerechnet leistet NRW in diesem Feld mit Abstand am meisten unter den Flächenländern. Während NRW 25,15 DM pro Kopf der Bevölkerung für besondere familienpolitische Maßnahmen aufwendet, leisten Bayern mit 20,37 DM, Baden-Württemberg mit 19,01 DM und Rheinland-Pfalz mit 20,87 DM rund ein Viertel weniger.

Bisher ist Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland, das seit sieben Jahren aufgrund eines Gesetzes den Elternbeitrag für alle Kindergärten schrittweise abbaut. Dies macht sich bereits heute in wesentlich niedrigeren Elternbeiträgen als in den Nachbarländern bemerkbar. 1981 wird der Elternbeitrag auf Null abgebaut sein.

In der Familienbildung, in Erholung und Beratung leistet NRW in diesem Jahr dreimal so viel wie Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zusammen.

	NRW	Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz zusammen
Familienbildung	40,0	1,274
Beratungsstellen	34,745	17,874
Erholung	27,775	13,515
	102,52	32,663 Millionen DM.

Diese im Vergleich zu NRW miserable Ausstattung der Länder der Ministerpräsidenten Strauß, Späth und Vogel mit dringend benötigten sozialen Diensten für Familien ergibt sich daraus, daß diese Länder nicht nur insgesamt weniger für die Familien tun, sondern anders als NRW ihre Leistungen auch noch auf Geburtenförderung konzentrieren.

Eine Geburtenförderung zu Lasten sozialer Dienste ist ganz besonders heuchlerisch, weil hierdurch das Leben der Familien mit Kindern nicht erleichtert, sondern erschwert wird.

Die CDU spricht große Worte zum Thema Familie. Dort, wo sie die Verantwortung trägt, wird aber die Politik für Familien, wenn die Kinder erst einmal in die Welt gesetzt sind, ganz klein geschrieben. (-/12.9.1979/ks/hgs)

+ + +



Zur Qualifikation von Schichtleitern in Kernkraftwerken  
-----

Von Harald B. Schäfer MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Reaktorsicherheit und Strahlenschutz  
im Bundestagsinnenausschuß

Die Störfälle in den Kernkraftwerken Brunsbüttel im Juni 1978 und Harrisburg im Frühjahr 1979 haben es offenkundig gemacht, daß menschliches Fehlverhalten und Versagen bei der Nutzung der Kernenergie eine größere sicherheitstechnische und -politische Gefahrenquelle darstellen, als bislang angenommen war. Es ist von daher zu begrüßen, daß der Bundesminister des Innern als für die Sicherheit kern-technischer Anlagen verantwortliche oberste atomrechtliche Genehmigungsbehörde Überlegungen anstellt, durch geeignete Maßnahmen diese Gefährdungsmöglichkeit zu begrenzen. Dies soll unter anderem durch eine Änderung der Richtlinien für den Fachkundennachweis von Kernkraftwerkspersonal von 1974 erfolgen, um sowohl für den Normalbetrieb als auch für den Störfall einen zusätzlichen Sicherheitsgewinn zu erreichen. Dabei kommt der Qualifikation von Schichtleitern und ihren Stellvertretern eine gewisse Schlüsselstellung zu, was sich nach Auffassung des Bundesministeriums des Innern auch in einer höheren Eingangsqualifikation zeigen müßte. Zur Zeit sind etwa 75 Prozent der Schichtleiter in den Kernkraftwerken Kraftwerksmeister, nur 25 Prozent haben die Qualifikation graduerter Ingenieure. Nach Auffassung des Bundesministeriums des Innern würde durch eine generelle Anhebung der Qualifikation der Schichtleiter als graduierte Ingenieure ein erheblicher Sicherheitszuwachs zu erreichen sein.

Gegen diese Auffassung sind Bedenken vorzutragen: In der Regel haben die Kraftwerksmeister eine solide sowohl praxisorientierte als auch theoretisch fundierte Ausbildung für ihre Arbeit in Kernkraftwerken. Die Position des Meisters gilt im Berufsbild des Kraftwerkspersonals als eine ausgesprochene Aufstiegsposition. Niemand hat bislang auch ernsthaft die Ausbildung und Qualifikation der Kraftwerksmeister als Schichtleiter bestritten. Die vorgeschlagene Eingangsqualifikation der Schichtleiter als Ingenieure wird weniger wissenschaftlich-theoretisch begründet als vielmehr von Überlegungen geleitet, daß aufgrund ihrer wissenschaftlichen Vorbildung Ingenieure im Falle von Störungen sich eher gegen Betriebsinteressen durchsetzen können.



Mitglieder der Arbeitsgruppe Innenpolitik der SPD haben in diesem Zusammenhang zahlreiche Gespräche mit Mitarbeitern von Kernkraftwerken, Betriebsräten, Betriebsleitern und dem Vorstandsvorsitzenden der für die Ausbildung zuständigen Kraftwerksschule Essen geführt. Übereinstimmendes Ergebnis dieser Gespräche war: Unbestritten bleibt die Notwendigkeit einer hohen Qualifikation von Schichtleitern. Eine für alle Schichtleiter verbindlich vorgeschriebene Eingangsqualifikation als graduiertes Ingenieur muß nicht zwangsläufig zu erhöhter Sicherheit führen. Den Betreibern kerntechnischer Anlagen sollte freigestellt bleiben, ob sie graduierte Ingenieure oder Kraftwerksmeister mit einer zusätzlichen speziellen Ausbildung als Schichtleiter einsetzen. Noch wichtiger als die theoretische Grundausbildung als Eingangsvoraussetzung ist eine langjährige Betriebserfahrung und vor allem die praktische Kenntnis der Anlage. Es müsse aber sichergestellt sein, daß ein Betriebsingenieur jederzeit in der Anlage verfügbar ist.

Der Bundesminister des Inneren hat nun eine Richtlinie mit folgendem Inhalt erlassen: In der Regel soll der Schichtleiter im Kernkraftwerk ein graduiertes Ingenieur sein. Ausnahmen von dieser Regel soll es geben können. Sofern der Schichtleiter eine entsprechende Ausbildung nicht vorweisen kann, muß in solchen Fällen ein für die sichere Bedienung der Anlage verantwortlicher Ingenieur zusätzlich während der gesamten Schicht in der Anlage anwesend sein.

Es wird darauf ankommen, durch eine sorgfältige Beobachtung der Anwendung der in diesem Sinne fortgeschriebenen Fachkunderichtlinie herauszufinden, ob sich aus der vom Bundesministerium des Innern geforderten Kombination eines stärker wissenschaftlich vorgebildeten (Ing.grad) und eines stärker praxisorientierten (Meister beziehungsweise Techniker) Schichtleiters tatsächlich ein klarer Sicherheitsgewinn ergibt.

(-/12.9.1979/ks/hgs)

+ + +



### CDU und Gemeinsamkeit - der große Bluff

---

Stoltenberg riskiert Unfrieden im deutsch-dänischen Grenzland

Von Klaus Matthiesen Mdl.

Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Der erste Gesetzentwurf, den die noch knapp regierende CDU in Schleswig-Holstein nach der Wahl im Landtag vorlegt, ist eine Provokation nicht nur der dänischen Minderheit, sondern aller übrigen Fraktionen des Landtages. Er ist ein Beleg dafür, daß die CDU offenbar auch in der vor uns liegenden Legislaturperiode von ihrer knappen Mehrheit rücksichtslosen Gebrauch zu machen gedenkt.

Nach der Landtagswahl am 29. April hatte Ministerpräsident Stoltenberg in seiner Regierungserklärung angekündigt, daß es in Zukunft im Landesparlament mehr Gemeinsamkeit geben solle. Ich habe seinerzeit dazu die grundsätzliche Bereitschaft der SPD-Landtagsfraktion erklärt. Das Vorgehen des Ministerpräsidenten und der CDU-Landtagsfraktion bei diesem Gesetzentwurf entlarvt zumindest diesen Teil der Regierungserklärung als großen Bluff. Alle Fraktionen des schleswig-holsteinischen Landtages haben ihre eindeutige Ablehnung der CDU-Pläne deutlich gemacht; trotzdem ist die CDU offenbar entschlossen, das Gesetz mit ihrer Einstimmenmehrheit durchzusetzen. Es handelt sich dabei um einen einseitigen Willkürakt, der politisch äußerst windig begründet ist und nur der eigenen Machtstabilisierung dient.

Damit ist die von Ministerpräsident Stoltenberg verkündete Gemeinsamkeit im schleswig-holsteinischen Landtag von ihm selbst aufgekündigt. Mit diesem Gesetzentwurf der CDU werden aber auch Gemeinsamkeiten in der Minderheitenpolitik aufgegeben, die von Ministerpräsident Diekmann, SPD, bis zu Ministerpräsident Lemke, CDU, einhellig von allen Parteien getragen wurden. Diese Gemeinsamkeit war: Der dänischen Minderheit in unserem Lande eine faire Chance für eine parlamentarische Vertretung zu geben. Dieser Gesetzentwurf, der ausdrücklich mit der Situation dieser Vertretung begründet wird, bricht den Jahrzehnte alten Konsens auf, indem er die Chance des SSW minimiert und die Rechte seines Mandats einschränken will.

Der mit diesem Antrag beschrittene Weg kann zu einem neuen Unfrieden im Grenzland führen. Denn die CDU-Absicht rührt an den Nerv der Minderheitenregelungen nördlich und südlich der Grenze, die - auch von der CDU - als Modell für andere europäische Regionen gepriesen werden. Ich hoffe nicht, daß die dänische Seite für die deutsche Minderheit nördlich der Grenze daraus Konsequenzen zieht.

Im Interesse des Friedens in der Grenzregion fordere ich den CDU-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Stoltenberg auf, den Antrag auf Änderung des Wahlrechtes zurückzuziehen. Ich fordere insbesondere die CDU-Landtagsabgeordneten der Grenzregion auf, dafür zu sorgen, daß der Antrag im Landtag keine Mehrheit erhält.

Da FDP, SSW und eine Reihe von CDU-Landtagsabgeordneten sich wie wir gegen diese Gesetzesänderung ausgesprochen haben, genügt die Stimme eines CDU-Abgeordneten, um diese verhängnisvolle Politik zu beenden.

(-/12.9.1979/ks/hgs)

+ + +

